

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 27. Juni 2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadratsfraktion:

2. Bürgermeister Böhm
Stadtrat Dr. Küntzer
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger (ab Ziffer 1)
Stadtrat Weiglein (außer Ziffer 5)

SPD-Stadratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
3. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Kröckel
Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Lorenz (ab Ziffer 1)
Stadtrat May
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadratsgruppe:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter

KIK-Stadratsgruppe:

Stadtrat Popp

ÖDP-Stadratsgruppe:

Stadträtin Schmidt (bis Ziffer 7)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtmann Hartner
Amtsrat Teichmann
Dipl.-Ing. Lepelmann

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Konrad
Stadtrat Ley
Stadtrat Schardt
Stadtrat Wallrapp

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Einführung eines Geographischen Informationssystems (GIS) hier: Auftragsvergabe für Beratungsleistungen

A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß erinnert an die vergangene Finanzausschusssitzung und geht noch einmal kurz auf die Inhalte und die möglichen Anwendungsgebiete eines GIS-Programms ein. Auch schildert er das weitere Vorgehen aus Sicht der Verwaltung. Seines Erachtens ist es sehr wichtig, den richtigen und notwendigen Umfang eines GIS-Programms festzustellen. Er betont auch, dass die Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung ihre Bereitschaft zur Nutzung und Pflege des Programms vorhanden sein muss. Bezüglich der Finanzierung ist er der Auffassung, dass hierfür eine ausführliche Beratung notwendig ist.

Stadtrat Rank, stellvertretender Stadtentwicklungsreferent, kennt dieses Programm und hält eine Einführung bei der Stadt Kitzingen für sehr sinnvoll. Allerdings ist er der Meinung, dass sich ein Mitarbeiter der Verwaltung, der hierfür zuständig sein wird, in Städten, die dieses Programm bereits benutzen informieren soll. Er spricht sich gegen die Hinzuziehung eines externen Beraters aus.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt fest, dass mit dem derzeitigen Personaleinsatz kein Mitarbeiter hierfür abgestellt werden könne. Er ist sich sicher, dass die Personalkosten hierfür die Honorarkosten übersteigen werden.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU-Fraktion spricht sich grundsätzlich für eine Einführung eines GIS-Programms aus. Stadtrat Weiglein berichtet, dass die Technische Universität München Seminare diesbezüglich angeboten hat. Dort könnte sich die Verwaltung Informationen einholen. Er hält es für notwendig, dass innerhalb der Verwaltung ein Ansprechpartner damit beauftragt werden sollte, sich um dieses Programm zu kümmern und sich bei anderen Städten darüber eingehend zu informieren. Er schlägt vor, den Geldbetrag, der für das Beraterbüro veranschlagt worden ist, in diesen Mitarbeiter zu investieren.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD spricht sich für einen Erfahrungsaustausch aus, der aber gleichzeitig mit der Auftragsvergabe an das Beraterbüro erfolgen sollte. Auch die SPD hält die Einführung eines GIS-Programms für dringend notwendig.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller erinnert an seine Vorschläge in der vergangenen Finanzausschusssitzung. Er bemängelt auch, dass die Kosten einer sog. Fachschale nicht in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind. Er spricht sich im Namen der UsW-Fraktion gegen eine Auftragserteilung an ein Beraterbüro aus, befürwortet aber eine grundsätzliche Einführung für den Bereich Kanal. Er bittet eindringlich darum, dass sich die Verwaltung bei der Fachhochschule in Würzburg zunächst darüber informieren sollte. Abschließend möchte er noch wissen, inwieweit die Kanäle bereits „GIS-fähig“ ausgemessen worden sind.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW spricht sich dafür aus, dass sich die Verwaltung erst informieren und dann über eine Auftragsvergabe nachdenken sollte.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK-Gruppe will wissen, ob bereits ein Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung favorisiert worden ist, da ja eine grundsätzliche Einführung des GIS-Programms seit 1994 diskutiert wird. Stadtrat Popp spricht sich aber im Namen der KIK-Gruppe für die Auftragserteilung aus.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist grundsätzlich für das GIS-Programm, hält es aber auch für sinnvoller, keinen Auftrag an ein Beraterbüro zu erteilen, da sich die Verwaltung bei anderen Städten informieren kann.

C) Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf die Frage der UsW-Fraktion bezüglich der bisherigen Ausmessung der Kanäle ein. Er erklärt, dass seit den letzten 4 1/2 Jahren alle Maße in digitaler Form vorliegen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul befürwortet eine Konzepterstellung und die Umsetzung dieses Konzeptes Schritt für Schritt.

Stadtrat Rank schlägt vor, dass die Verwaltung einen GIS-Beauftragten benennen und sich nochmals über ihre Wünsche klar werden sollte. Dann sollte nochmals ein Vortrag im Stadtrat erfolgen.

Stadtrat Müller macht wieder auf die Demo-Version des GIS-Programms aufmerksam und besteht darauf, dass sich die Verwaltung bei anderen Kommunen informieren soll. Auch will er, dass sich die Verwaltung über eine mögliche EU-Förderung für dieses Programm informiert.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass ein Einstieg in das GIS-Programm hohe Kosten mit sich bringt. Vorher aber hält er es für sinnvoll die genauen Kosten zu ermitteln, eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen und ggf. nach Alternativen zu suchen. Aus diesem Grund hält er die Auftragserteilung an eine Beraterfirma für wichtig.

D) – **Mit 9 : 18 Stimmen** –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Ingenieurbüro Schneider & Partner Bayreuth erhält den Auftrag für Beratungsleistungen zur Einführung eines „Geographischen Informationssystems“ gemäß Angebot vom 03.06.2002 in Höhe von 16.240,-- € incl. 16 % MWSt.
3. Für die haushaltsrechtliche Deckung der Beratungsleistungen und sonstige Nebenkosten der Verwaltung sind im Haushalt 2002 bei HHSt. 1.6101.9591 20.000,-- € außerplanmäßig einzustellen. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei HHSt. 1.7100.9501 Kanalauswechslung Sickershäuser Weg/B 8.

E) Stadtrat Heisel bittet die Verwaltung, die Vorschläge des Gremiums aufzunehmen und zu prüfen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

2. Bergkirche und Friedhof Hohenfeld

Einbau eines WC's in das Alte Leichenhaus

A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß führt den Sachverhalt aus. Er macht darauf aufmerksam, dass die sich die Auftragssumme auf 23.000 € reduziert, da die Abwassergrube bereits vorhanden ist.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein weiß zu berichten, dass diese Ausschreibung sehr hohe Standards verlangt hat, deshalb seien die Angebotssummen auch wieder so hoch. Auch sei die zweite Ausschreibung im Vergleich zur ersten nicht verändert worden. Die CSU-Fraktion stimmt aber der Auftragsvergabe zu, bittet aber darum, dass bei der Ausführung etwas reduziert wird.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Heisel teilt mit, dass innerhalb der Fraktion unterschiedliche Meinungen herrschen. Er persönlich ist der Auffassung, dass ein WC in der Bergkirche dringend notwendig ist.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW-Fraktion bemängelt, dass wieder die gleiche Ausschreibung wie vorher herangezogen worden ist und wundert sich deswegen nicht, dass wieder eine viel zu hohe Auftragssumme entstanden ist.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW sieht den Einbau eines WC's zwar als wünschenswert an, gibt aber auch die Folgekosten zu Bedenken.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK-Gruppe sieht Probleme bezüglich der Öffnungszeiten und der Reinigung des WC's. Er weiß auch, dass viele Hohenfelder Bürgerinnen und Bürger keine Notwendigkeit hierfür sehen.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt möchte von der Deckelung in Höhe von 20.000 € nicht abweichen.

C) Stadtrat Rank stellt fest, dass deswegen so hohe Kosten auf die Stadt Kitzingen zukommen, weil in ein bestehendes Haus dieses WC eingebaut wird. Er weist darauf hin, dass keine Anschlüsse vorhanden sind und diese erst verlegt werden müssen. Stadträtin Stocker weist noch darauf hin, dass bereits vor zwei Jahren entschieden worden ist, dass ein WC eingebaut werden wird. Sie bittet darum, heute eine positive Entscheidung herbeizuführen, da nicht noch länger gewartet werden könne.

D) – **Mit 14 : 13 Stimmen** –

1.) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2.) Den Auftrag für den Einbau eines öffentlichen WC's in das bestehende Leichenhaus als „Schlüselfertigbau“ erhält die Fa. Schardt-Bauträger GmbH in Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 30.988,59 €, incl. MwSt. Aus dem Leistungsverzeichnis ist der Teil – Abflusslose Grube – zu streichen. Somit ergibt sich eine Auftragssumme von ca. 23.000 €.

3.) Die vorh. Mittel bei der HH-Stelle. 1.7516.9401 werden von 20.500,00 € um 10.500,00 € auf 31.000,00 € erhöht.

3. Konzeption zu „neue Kitzinger Wahrzeichen“ und zur Gestaltung der Altstadtwege

A) Dipl.-Ing. Lepelmann berichtet über den Sachverhalt und erinnert auch an die Diskussion in der Finanzausschusssitzung. In dieser sei auch beschlossen worden, dass die bei der Stadt verbleibenden Kosten (60 % Kostenerstattung durch die Städtebauförderung) hälftig von der Stadt und dem Stadtmarketingverein getragen werden sollen. Stadtrat Müller fragt, warum gerade eine Münchner Künstlerin damit beauftragt werden soll. Außerdem will er wissen, ob die Umsetzung dieses Konzeptes ebenfalls von der Städtebauförderung unterstützt wird. Oberbürgermeister Moser erklärt, dass er Frau Kammerl durch Zufall kennengelernt habe, wobei zwei Lehrer des Armin-Knab-Gymnasiums ihn schon vorher auf sie aufmerksam gemacht haben. Weiter führt er aus, dass die neue Sachgebietsleiterin der Abteilung Städtebauförderung der Regierung von Unterfranken, Frau Kammerl ebenfalls kennt und bereits Arbeiten von ihr in anderen Städten gefördert hat.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein spricht das Zeichen der Stadt Kitzingen an und stellt fest, dass in diesem alle für Kitzingen bedeutenden Symbole enthalten sind. Er regt an, dieses Zeichen sinnvoll an den Ortseingängen zu platzieren und überhaupt wesentlich mehr zu nutzen.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul befürwortet im Namen der SPD-Fraktion grundsätzlich eine solche Auftragsvergabe. Allerdings versteht sie nicht ganz, warum eine Künstlerin aus München hierfür herangezogen wird. Sie kann sich vorstellen, eine Art Wettbewerb, dotiert mit 1.000 €, auszuschreiben, um ein solches Konzept umzusetzen. Sie sieht darin die Chance, dass sich auch Kitzinger Künstler beteiligen können.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Für die UsW-Fraktion ist es wichtig, dass Kitzinger Künstler miteingebunden werden.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW-Gruppe stellt fest, dass das Wahrzeichen der Stadt Kitzingen alles beinhaltet, was Kitzingen zu bieten hat.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt regt an, einen Ideenwettbewerb zu veranstalten.

C) Oberbürgermeister Moser stellt nochmals klar, dass kein neues Wahrzeichen geschaffen, sondern lediglich die bestehenden Stärken besser publik gemacht werden sollen.

D) – **Mit 11 : 16 Stimmen** –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht Einverständnis, den Auftrag „Neue Kitzinger Wahrzeichen“ (s. Sachvortrag) an Frau S. Kammerl (München) zum Preis von 6.891,-- € zuzügl. MwSt zu vergeben. Die Mittel sind bei der HHSt. 6151 9502 zu veranschlagen. Es ist ein Zuschussantrag im Rahmen der Städtebauförderung zu stellen. Die Restkosten sind hälftig zwischen Stadt und Stadtmarketingverein zu teilen.
3. Die Arbeitsergebnisse sind - wenn möglich - dem Stadtrat noch vor der Sommerpause zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

4. Aufstellung eines Bebauungsplans (B-Plans) Nr. 84
„Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord“
Billigung eines Planentwurfs i. d. F. v. 27.05.02 (Anlage)

A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf die Planungen ein und spricht auch die gewünschten Änderungen des Finanzausschusses an. Er schlägt vor, den südlichen Teil (ca. 15.000 qm) zunächst nicht miteinzubeziehen, da Probleme im Zuge der Flurbereinigung entstehen könnten.
Stadtrat Rank, stellv. Stadtentwicklungsreferent, bittet darum, dieser Planung zuzustimmen.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU-Fraktion ist mit der Planung der Stadt Kitzingen einverstanden.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD stimmt ebenfalls zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Auch die UsW-Fraktion spricht sich für das Vorhaben der Verwaltung aus, bittet aber eindringlich darum, die Flächen im südlichen Teil zu erwerben.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW befürwortet ebenfalls die Planungen, bittet aber auch darum, die südlichen Flächen nicht aus den Augen zu verlieren.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK erteilt ihre Zustimmung. Auf die Frage von Stadtrat Popp, wann mit dem 1. Spatenstich begonnen wird, erwidert Berufsmäßiger Stadtrat Groß, dass dies im Frühjahr 2003 sein könne.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt gibt ihre Zustimmung im Sinne der Verwaltung.

C) – **Mit 27 : 0 Stimmen** –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, das Bebauungsplanverfahren für das künftige Gewerbegebiet „Großlangheimer Straße Nord“ auf der Basis des Entwurfs vom 27.5.02 (s. Anlage) weiter zu betreiben.

3. Es besteht Einverständnis, den Planungsauftrag zur Erstellung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung sowie des Gebietsanschlusses an das Büro Maier (WÜ) zum Preis von 27.666,45 € zu vergeben. Der Oberbürgermeister wird zum Abschluss des entsprechenden Ingenieurvertrags ermächtigt. Deckung erfolgt über die Bayerngrund-Finanzierung.

5. Vermögensrechnung 2001

- Mit 26 : 0 Stimmen –

Vom Ergebnis der Vermögensrechnung 2001 wird gem. Art. 102 GO i.V.m. §§ 76, 77 und 81 KommHV Kenntnis genommen.

Ergebnis der Vermögensrechnung 2001:

1.	Vermögensübersicht nach § 77 Abs. 2 Nr. 1, § 81 Abs. 1 u. § 76 KommHV	
		<u>Stand: 31.12.2001</u>
1.1	<u>Nachweis nach § 76 Abs. 1 KommHV</u>	
1.1.1	Forderungen aus Geldanlagen (Bausparvertrag, Innerer Kassenkredit, Festgelder)	11.924.195,63 DM
1.1.2	Forderungen aus Darlehen	4.104.373,53 DM
1.1.3	Beteiligungen (daneben 5,40 % Anteil aus Gewährträgerschaft für Sparkasse Mainfranken Würzburg und 4,69 % Anteil an der Giltholzgemeinschaft)	9.682.083,60 DM
1.1.4	Wertpapiere	0,00 DM
1.2	<u>Nachweis nach § 76 Abs. 2 KommHV</u> (Anlagenachweise, Anlagevermögen kostenrechner Einrichtungen, Restbuchwerte)	<u>133.180.483,00 DM</u>
	Summe Ziffer 1:	158.891.135,76 DM
2.	Übersicht über Schulden und Rücklagen nach § 77 Abs. 2 Nr. 2, § 81 Abs. 2 KommHV)	
		<u>Stand: 31.12.2001</u>
2.1	Schulden aus Krediten	44.834.305,92 DM
	aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, Bayerngrund	<u>4.003.693,69 DM</u>
	Summe Ziffer 2.1:	48.837.999,61 DM
2.2	Rücklagen (allgemeine Rücklage)	11.924.195,63 DM

Nachrichtlich:

1. Das Bestandsverzeichnis nach § 75 Abs. 1 KommHV wurde erstellt (Grundstücke nicht kostenrechner Einrichtungen und bewegliches Vermögen).
Zum 31.12.2001 betrug die Grundstücksfläche 7.987.147 qm. Der Wert der bebauten und unbebauten Grundstücke betrug zum 31.12.2001 86.127.983,00

DM.

2. Bürgschaften: die Restschuld der Kredite, für die die Stadt Kitzingen die Bürgschaft übernommen hat, betrug zum 31.12.2001
- 4.930.265,35 DM

3. Reinvermögen:

Vermögen (Ziffer 1)	158.891.135,76 DM
Bebaute und unbebaute Grundstücke nicht kostenrechner Einrichtungen:	86.127.983,00 DM
Schulden (Ziffer 2.1)	<u>- 48.837.999,61 DM</u>
 Reinvermögen	 196.181.119,15 DM =====

6. Abrechnung des budgetierten Schulaufwandes der Schulen in städtischer Sachaufwands-trägerschaft für das Haushaltsjahr 2001 und Übertragung der nicht verbrauchten Mittel bzw. Abzug der Fehlbeträge auf das Budget für 2002

- A) Stadtrat Heisel bezieht sich auf die 80 %ige Übertragung eines positiven Überschusses und gibt bekannt, dass er zu den Haushaltsberatungen 2003 den Antrag stellen werde, künftig wieder eine 100 %ige Übertragung eines Überschusses zuzulassen.

B) - **Mit 27 : 0 Stimmen** –

Die nicht verbrauchten Mittel bzw. entstandenen Fehlbeträge aus den Budgets für den schulischen Sachaufwand der unten genannten städtischen Schulen im Haushaltsjahr 2001 werden auf das Haushaltsjahr 2002 übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt 2002 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

HSt. 2131.5770 (Staatl. geförd. Lernmittel)	- 747,00 DM	- 381,94 €
HSt. 2132.5770 (Staatl. geförd. Lernmittel)	- 2.374,40 DM	- 1.214,01 €
HSt. 2151.5780 (Staatl. geförd. Lernmittel)	- 2.864,17 DM	- 1.464,43 €
HSt. 2152.5780 (Staatl. geförd. Lernmittel)	+ 992,56 DM	+ 507,49 €
HSt. 2431.5770 (Staatl. geförd. Lernmittel)	- 1.680,96 DM	- 859,46 €

7. Missbilligung von öffentlichen Äußerungen; Antrag der SPD-Fraktion

- A) Stadtrat Heisel erläutert eingangs den Antrag der SPD-Fraktion, der sich auf die öffentlichen Vorwürfe und Beschuldigungen gegen die Verwaltung durch Herrn H. Hartner und Stadtrat Schmidt bezieht. Er erinnert diesbezüglich an den Zeitungsartikel vom 18.06.2002. Seiner Auffassung nach hat Stadtrat Schmidt durch diese Äußerungen seine Fürsorgepflicht als Stadtrat gegenüber der Verwaltung verletzt. Stadtrat Heisel bittet die Rechtsabteilung um Überprüfung, ob Stadtrat Schmidt dadurch seinem geleisteten Amtseid widersprochen hat. Er betont, dass ein Stadtratsmitglied zum Wohle aller Bürger und nicht zum Wohle eines einzelnen Bürgers handeln muss. Oberbürgermeister Moser gibt im Anschluss daran seine Stellungnahme zu den gemachten Vorwürfen ab. Er gibt auch bekannt, dass er Strafantrag wegen Beleidigung gestellt hat.

Stadtrat Schmidt verliert nun seine Stellungnahme und betont, dass er sich seiner Aufgaben als Stadtratsmitglied sehr wohl bewusst ist.

Stadtrat Heisel stellt nochmals klar, dass die SPD-Fraktion erwartet, dass sich Stadtrat Schmidt und H. Hartner öffentlich für die gemachten Äußerungen entschuldigen. Auch erwartet er, dass sich der gesamte Stadtrat hinter die Verwaltung und den Oberbürgermeister stellt.

Stadtrat Müller stellt klar, dass er lediglich aus der Presse über diesen Vorfall erfahren habe. Er schlägt vor, das weitere Verfahren abzuwarten, da ja von beiden Seiten Strafanzeige gestellt worden ist. Zudem möchte er alle bisherigen Unstimmigkeiten mit Herrn H. Hartner aufgelistet bekommen.

B) – Mit 18 : 7 Stimmen –

Der Stadtrat der Stadt Kitzingen verlangt von Herrn Hartner und Herrn Schmidt eine öffentliche Entschuldigung gegenüber den Mitarbeitern im Bauamt und dem Oberbürgermeister für die von ihnen in der Presse veröffentlichten Äußerungen.

- C) Stadträtin Richter, Stadträtin Stocker und Stadtrat Müller geben zu Protokoll, dass sie dagegen gestimmt haben, da ihnen zu wenig Informationen vorliegen. Stadträtin Schwab und Stadtrat Rank geben bekannt, dass sie sich der Stimme enthalten haben, da diese Angelegenheit nicht durch den Stadtrat behoben werden kann.

8. Einziehung von öffentlichen Feldwegen im Baugebiet Schwarzacher Straße West und Widmung der Straße „Am Dreistock“

- Mit 27 : 0 Stimmen –

- I. Die nachfolgend aufgeführten öffentlichen Feldwege werden gemäß Art. 8 BayStrWG eingezogen, da sie durch die Errichtung der neuen Straße ihre Verkehrsbedeutung verloren haben:

Lfd. Nr.	Straßenname	Straßenklasse	Fl.Nr.	a) Anfangspunkt b) Endpunkt	Länge in km
1	Weg im Giltholz	öffentl. Feldweg	5079	a) Fl.Nr. 5080 b) Fl.Nr. 4967	0,615
2	Weg im Giltholz	öffentl. Feldweg	5061	a) Fl.Nr. 5080 b) Fl.Nr. 4967	0,637
3	Weg im Giltholz	öffentl. Feldweg	5062	a) Fl.Nr. 5080 b) Fl.Nr. 4967	0,637
4	Weg im Giltholz	öffentl. Feldweg	5081	a) Fl.Nr. 5080 b) Fl.Nr. 5058	0,300
5	Weg im Giltholz	öffentl. Feldweg	5086	a) Fl.Nr. 5057 b) Fl.Nr. 5081	0,358
6	Weg im Dreistock	öffentl. Feldweg	5087	a) Fl.Nr. 5080 b) Fl.Nr. 5086	0,137
7	Weg im Giltholz	öffentl. Feldweg	5056	a) Fl.Nr. 5057 b) Fl.Nr. 5061	0,195

- II. Nachfolgend aufgeführte Straßen werden gemäß Art. 6 Abs. 1 BayStrWG i.V.m. Art. 46 Nr. 2 zur Ortsstraße gewidmet:

	Straßenname	Straßenklasse	Fl.Nr.	a) Anfangspunkt b) Endpunkt	Länge in km
--	-------------	---------------	--------	--------------------------------	-------------

A)	Am Dreistock	Ortsstraße	5061 (Teilfl.)	a) Einmündung Heinrich-Huppmann-Straße, Fl.Nr. 7023/23 b) Gemeindeverbindungs- straße KT-Albertshofen, Fl.Nr. 4967	0,0735
B)	Am Dreistock (Stichstraße)	Ortsstraße	5066	a) Straße "Am Dreistock" b) Grundstück Fl.Nr. 5066/2	0,0182
C)	Am Dreistock (Stichstraße)	Ortsstraße	5061 (Teilfl.) 5061/2	a) Straße „Am Dreistock“ b) Grundstück Fl.Nr. 5056/3	0,0117

9. BGVNr. 1/02

Umbau eines Wohn- und Geschäftshauses, Marktstraße 3/5 und Waaggasse 4 (Abele Optik)

- A) Dipl.-Ing. Lepelmann zeigt die Planungen anhand einer Folie auf.
Stadtrat Heisel spricht sich gegen die Errichtung einer Sichtbetonmauer in der Waaggasse aus, da seiner Meinung nach der Altstadtcharakter dadurch nicht mehr gewahrt ist.
Dipl.-Ing. Lepelmann erwidert, dass dies als Auflage mitaufgenommen werden kann.
Stadtrat Weiglein erinnert daran, dass das Landesamt für Denkmalschutz dem Vorhaben zugestimmt hat und meint, dass sich die Stadt hier ebenfalls mit einverstanden erklären sollte.

B) – Mit 26 : 0 Stimmen –

Die bauaufsichtliche Genehmigung zum Umbau eines Wohn- und Geschäftshauses, Marktstraße 3/5 und Waaggasse 4 ist nach Abschluss des Verfahrens unter Gewährung von Befreiungen von der Gestaltungssatzung hinsichtlich

- § 15 Wintergärten
- § 18 Einfriedung
- § 6 Fassaden (Außentreppen)

zu erteilen.

10. Umbau Kreuzung B 8 / KT 13 / Panzerstraße

- Mit 25 : 1 Stimme –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Mit der Entwurfsplanung des Ing. Büros Habermehl + Follmann vom Mai 2002 besteht Einverständnis.
Gegenüber dem Vorentwurf ergeben sich folgende Änderungen / Ergänzungen:
 - Infobucht an der B 8 (alleiniger Kostenträger Stadt Kitzingen)
 - Bau einer Regenrückhalteeinrichtung
 - Fahrbahnteiler auf dem Ast in Richtung Stadtmitte abgesenkt für die Anlage eines Überweges mit Anbindung einer Geh- und Radwegeverbindung auf der Südseite be-

ginnend ab der Stichstraße zur Königsberger Straße (Fl.Nr. 5831) auf der Nordseite an den bestehenden Geh- und Radweg

3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der Straßenbauverwaltung und dem Landkreis Kitzingen eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

11. Information von Oberbürgermeister Moser

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass die geplanten Sitzungen am 04.07.2002 (Finanzausschuss) und 11.07.2002 (Stadtrat) entfallen.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

12. Anfrage von Stadtrat Weiglein

Er bezieht sich auf die Mitteilung der Verwaltung bezüglich der Besetzung des Feriense-nats. Er möchte wissen, ob die Mitglieder heute schon bekannt gegeben werden müssen. Oberbürgermeister Moser erwidert, dass die Mitglieder erst kurz vor der Sommerpause benannt werden können.

13. Bitte von Stadtrat Müller

Stadtrat Müller berichtet über das 80-jährige Betriebsjubiläum der Fa. Sachs und bemängelt, dass er als Gewerbe- und Industriereferent keine Einladung erhalten hat. Er besteht darauf, dass künftig immer Kopien solcher Einladungen an ihn geschickt werden sollen.

Weiter bezieht er sich auf ein Schreiben der Verwaltung vom 11.03.2002 an die Eigentümer von Grundstücken am Hammerstiel. In diesem Schreiben sei die Rede davon gewesen, dass innerhalb der nächsten Tage ein persönliches Gespräch geführt werden soll. Dies sei allerdings bis heute nicht erfolgt. Er bemängelt, dass solche Schreiben an die Bevölkerung gehen. Er rät dazu, künftig seitens der Verwaltung gemachte Versprechen einzuhalten.

Als letztes erinnert er an das letzte Attentat an einer Schule in Erfurt. Er weiß zu berichten, dass das Kultusministerium eine bessere Sicherheitsvorschriften an Schulen fordert. Er möchte wissen, ob sich die Verwaltung bereits hierüber Gedanken gemacht hat.

Amtmann Hartner erwidert, dass am 10.07.2002 ein Treffen aller Rektoren von städtischen Schulen stattfinden wird. An diesem werden auch die Polizeiinspektion und die Feuerwehr Kitzingen teilnehmen. Die erarbeiteten Vorschläge werden dann dem Kultusministerium vorgelegt.

Stadtrat Heisel weiß zu berichten, dass der Abgabetermin für die Vorschläge bis zum 31.12.2002 verschoben worden ist.

14. Anfrage von Stadtrat Popp

Stadtrat Popp erinnert an das am 21.06.2002 stattgefunden Radrennen in Kitzingen (Mainfrankentour 2002). Er hat festgestellt, dass die erwarteten Besucherzahlen im Ziel-

bereich nicht erreicht worden sind. Bezüglich der Kosten in Höhe von 7.500 € möchte er wissen, welchen Anteil die Stadt Kitzingen nun tragen müsse.

Amtmann Hartner erklärt, dass die angegebene Besuchermenge von 2.000 bis 3.000 Menschen ein Erfahrungswert des Veranstalters gewesen ist. Er fährt fort, in dem er informiert, dass ca. 1/3 der Kosten über Sponsorengelder gedeckt werden konnten. Die Stadt Kitzingen muss Kosten in Höhe von 5.000 € begleichen. Er berichtet auch, dass sich der Stadtmarketingverein nicht in der Lage sah, sich an dem Ereignis zu beteiligen.

15. Anfrage von Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Er bezieht sich auf den ersten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung. Bei der Beratung zu dem GIS-Programm sei ein Hinweis auf die Eigenüberwachungsverordnung gemacht worden. Er möchte wissen, welche Kosten diesbezüglich auf die Stadt Kitzingen zukommen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt zu, eine umfassende und schriftliche Information über die Eigenüberwachungsverordnung an die Fraktionen bzw. Gruppen zu geben.

Hiermit besteht Einverständnis.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.20 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose